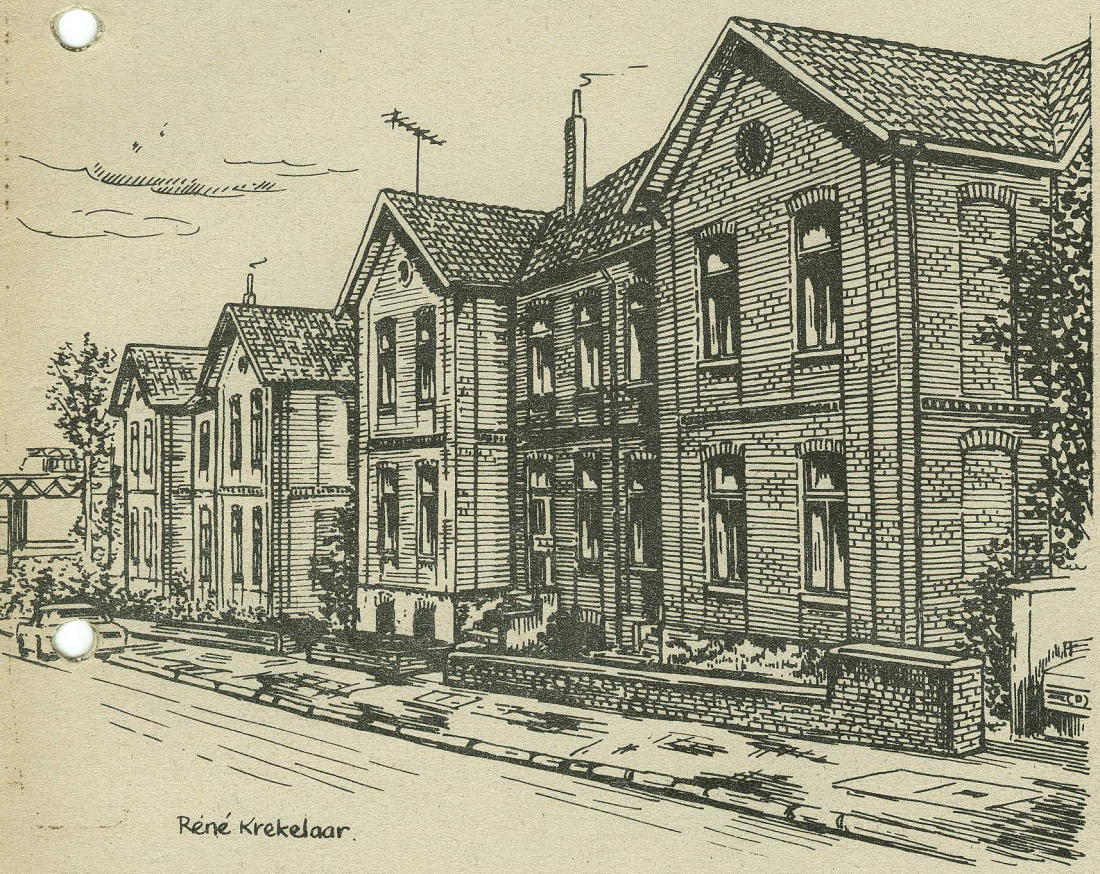


Nachrichten

Unabhängige Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte



Ein Teil Ortsgeschichte und ein letztes Stück Heimat für viele Bewohner in Alt-Georgsmarienhütte sind die vier alten Häuser an der ehemaligen Kaiserstraße (Klöcknerstr.) Zusammen mit dem bereits 1979 abgerissenen Postgebäude und den Geschäften bildete diese Straße bis in die späten 60 iger Jahre

das Zentrum unseres Ortes. Zurecht wurden die verbliebenen architektonisch interessanten Zeugen in die Liste der erhaltungswürdigen Baudenkmäler aufgenommen. Doch jetzt diskutieren einige Ratsmitglieder bereits ernsthaft über den Abriss der Gebäude.

Fadenscheinige Gründe, wie unzumutbare Belastungen der Bewohner durch das Klöcknerwerk und schlechte Bausubstanz scheinen geradezu lächerlich, da man neben der Kreissparkasse gerade ein Grundstück zur Bebauung ausgewiesen hat, das dem Werk noch näher liegt. Nach notwendigen Renovierungsarbeiten wäre eine private oder öffentliche Nutzung durchaus attraktiv. Das Auslöschen von Geschichtsträgern und kulturellen Werten vernichtet auch die Bindung an unsere Heimat, die in unseren Stadtteilen teilweise nur noch in Fragmenten und Konturen sichtbar ist. Dieses wird einem besonders klar, wenn man mit ehemaligen Bürgern spricht, die diese Bindung längst verloren haben.

Dieter Görbing

20:19 für die Mehrzweckhalle - eine Stimme gab den Ausschlag

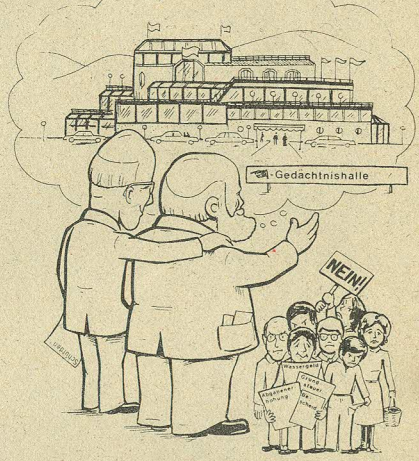
"Schloß Ludwigslust am Rudolfsberg" - so haben die Karnevalsjecken die geplante Mehrzweckhalle auf dem Oeseder Schulberg spöttisch genannt. Wenn man die finanziellen Auswirkungen der Ratsentscheidung sieht, kann einem aber das Lachen vergehen. Die UWG-Fraktion hatte deswegen gefordert, auf den Mehrzweckteil zu verzichten und eine reine Schulsporthalle zu bauen. Hier ein Vergleich der beiden Varianten:

	Mehrzweckhalle	Schulsporthalle
Sitzplätze	740 + 400 (Teleskoptribüne)	300
Hallenfläche	27 x 45 m	27 x 45 m
Gesamtkosten	7.965.000 DM	4.051.000 DM
Zuschüsse	3.706.000 DM	3.706.000 DM
städt. Anteil	4.258.000 DM	345.000 DM
Folgekosten	490.000 DM	60.000 DM

Abgesehen davon, daß es in Georgsmarienhütte gar kein Bedürfnis für ein stadthallenähnliches Gebilde gibt, kommt uns der Bau der Mehrzweckhalle zehnfach so teuer wie die von der UWG vorgeschlagene einfache Schulsporthalle, die größtenteils vom Kreis bezahlt werden muß. Dies geht aus den Zahlen hervor, die die Stadtverwaltung der UWG-Fraktion vor der Ratssitzung im Dezember zugänglich machte.

Welche Folgen der von Siepelmeyer/Lunte/Rahenbrock errungene Sieg mit einer Stimme Vorsprung - sollte es dabei bleiben - für die Allgemeinheit hat, ist derweil schon deutlich geworden: erhöhte Abgaben, Verzicht auf andere wichtige Aufgaben, verminderte Zuschüsse im Jugend- und Sozialbereich usw.

Die Jugendorganisationen aller Georgsmarienhütter Parteien sprachen gegen "Schloß Ludwigslust". Vielleicht wird sich die CDU mal zu fragen haben, wo ihre Jungwähler geblieben sind...



Was eigentlich in der NEUEN OSNABRÜCKER ZEITUNG stehen sollte...

Die UWG bat in den vergangenen Wochen die Neue Osnabrücker Zeitung mehrmals, die untenstehende Presseerklärung zu veröffentlichen. Leider weigerte sich der zuständige Redakteur, die Veröffentlichung vorzunehmen.

"In der UWG wurde der Ratsbeschluss der Gemeinde Bissendorf bezüglich der Ablehnung

des Freizeithotels "Frederiks Hoff" diskutiert. In der NOZ vom 26.1.1983 war zu lesen, daß "eine andere Kommune im Landkreis Osnabrück ein sehr starkes Interesse" an dem Projekt zeige. Mittlerweile wurden Vermutungen laut, daß es sich bei dieser Gemeinde um Georgsmarienhütte handeln könnte. Die UWG erwartet daher von der Verwaltung, dem Initiator und auch der NOZ, die Bürger über die Entwicklungen in diesem Vorhaben zu informieren. Die UWG will damit verhindern, daß hinter dem Rücken der Bürger Entscheidungen vorbereitet werden und die Bürger wieder einmal vor vollendete Tatsachen gestellt werden."

Als der UWG - Rats Herr Heinrich Bartel im Planungsausschuß eine Anfrage zu diesem Projekt stellte, erhob sich von Seiten der anderen Ratsherren eine große Unruhe, so daß er mit seiner Frage mehrmals ansetzen mußte. Stadtdirektor Rolfes verweigerte hierzu jede Stellungnahme...

Bürgerbeteiligung in G. M. Hütte - Eine Farce?

Über das Reden der Politiker....

"Wer einen Dialog beginnt, der unparteiisch, objektiv und redlich ist, erklärt sich eben dadurch für einen und ehrenhaften Frieden. Verstellung, Rivalität, Trug und Verrat sind dabei ausgeschlossen. Diese Tugend des Dialogs verlangt von den verantwortlichen Politikern unserer Tage viel Klarheit, Redlichkeit und ... Oft wird sie eine wahre Bekehrung voraussetzen." (Papst Johannes Paul II in einer Rede am Weltfriedenstag 1. Januar 1983)

Stadt Haushalt 1983: Operation gelungen - Patient tot!

Nachdem der Finanzausschuß in äußerst schwierigen Verhandlungen einen Haushalt auf die Beine gestellt und der Rat diesen mit drei Stimmen Mehrheit abgesegnet und zur Genehmigung an den Kreis weitergeleitet hatte, kam von dort ein "so nicht" zurück. Was war passiert? Wie auch in anderen Kommunen hatten die

Georgsmarienhütter CDU und SPD in den vergangenen Jahren mehr Geld ausgegeben, als im Stadtsäckel vorhanden war. Die Folge: Ende 1983 60 Millionen Mark Schulden bei jährlich 5 Mio. DM Zinsen (mit diesen fünf Millionen DM könnten wir pro Jahr 140 Arbeitsplätze unterhalten!). Nach Vorschlag der CDU sollte der 83'er Verwaltungshaushalt (VWH, aus ihm werden die laufenden Ausgaben bezahlt) 40,332 und der Vermögenshaushalt (VMH; für Neuinvestitionen) 13,927 Mio. DM umfassen. Das bedeutete im VWH ein Defizit von 540.000 DM und im VMH eine Kreditaufnahme von ca. fünf Millionen DM.

Zu diesem Vorschlag hatte die UWG 87 Änderungsanträge eingereicht, die das Defizit im VWH vermeiden helfen sollten, und die den VMH auf 10,895 Mio. DM entlastet hätten. Maßnahmen mit hohen Kosten, wie Sutfeld-, Kreuz- und Hindenburgstraßen ausbau, die wir im Prinzip als notwendig erachten, mußten in unserem Entwurf auf das nächste Haushaltsjahr verschoben werden. Folgende Projekte wollte die UWG vorzugsweise behandeln:

- Verkehrsberuhigung.....200.000 DM
- Lärmschutzmaßnahmen B 51.....100.000 DM
- Umweltschutzmaßnahmen.....100.000 DM
- Ampel Wellend. Str. Dröper.....25.000 DM
- Bürgersteig Königsbach.....5.000 DM
- Bürgersteig Patkegarten.....30.000 DM

Der größte Teil unserer Vorschläge, die die Kreditaufnahme um ca. 3 Mio. DM gesenkt hätten, wurden von CDU und SPD abgelehnt. Erstmals in diesem Jahr stimmte die SPD allerdings nicht mit der CDU für den neuen Haushaltsplan.

Wie oben angedeutet: Diejenigen, die gewarnt hatten, einen solch unausgewogenen Haushalt zu verabschieden, bekamen Recht. Der Kreis fordert nun, Einnahmen und Gebühren zu erhöhen, freiwillige Leistungen (Ausbildungsplatz- und Kinderreichenförderung) zu streichen und die Kreditneuaufnahme um 1 Mio. herabzusetzen. Letzteres kann man getrost als "durch die Blume" gesagten Tip auffassen, denn die Kreditaufnahme für die Mehrzweckhalle beträgt in diesem Jahr genau 1 Mio. DM...

Alles in allem: Solange die Stadt zu den Kreisauflagen keinen Beschluß gefasst hat, bleibt der Haushalt ungenehmigt.

Heinrich Bartel

Kurznachrichten

Bebauungsplan Teckelhagen

Die Ungereimtheiten beim Bebauungsplan Teckelhagen nehmen kein Ende. Mittlerweile spielen CDU und Verwaltung sogar schon mit gezinkten Karten: Bislang hatten sie immer behauptet, wenn es dort nicht zu einer Bebauung komme, kämen seitens des Stephanswerkes Regressforderungen in Millionenhöhe auf die Stadt zu. Daraufhin hatten einige Ratsmitglieder in der Sitzung am 3.11.82 erklärt, sie würden gegen den Plan stimmen, wenn nur keine Schadensersatzforderung käme. Während der Zeitungsbericht daraufhin voll von dieser Diskussion war, schwieg sich das Ratsprotokoll hierzu aus. Der Grund: sollte der Bebauungsplan vor Gericht gehen, wird überprüft werden, ob die Ratsmitglieder in der Lage waren, das pro und contra Teckelhagen frei abzuwägen. Um also keine schriftlichen Beweisstücke zu liefern, wurde einfach der Hauptteil der Diskussion im Protokoll "von Amts wegen unterschlagen". Die Forderung der UWG, das Protokoll zu ergänzen, wurde von der CDU-Mehrheit verweigert.

UWG - Nachrichten

Informationsblatt der Unabhängigen Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte

Anschrift der Redaktion:

UWG - Nachrichten
c/o Jürgen Heinze
Am Wiesenbach 14
4504 Georgsmarienhütte

Auflage: 10.500

Namentlich unterzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: 4. März 1983

Die Bagger rollen...
Obwohl die von der A 33 betroffenen Holsten-Mündruper Bauern davon überzeugt waren, der Ausbau der B 68 sei sinnvoller als der Neubau einer Autobahn, haben sie ihren Widerstand gegen die A 33 aufgegeben und dem Autobahnneubauamt Verhandlungsbereitschaft erklärt.
Der Prozeß gegen die A 33 wird nun lediglich noch von einem Betroffenen weitergeführt. Seine Aussichten jedoch haben sich verbessert. Jüngst konnte ein Stuttgarter Verkehrsplaner nachweisen, daß die jahrelangen Behauptungen des Autobahnneubauamtsleiters Rothe 1990 würden auf der Autobahn 20400 Kfz fahren, nicht durch das Verkehrsministerium gedeckt werden können. Hier ist nämlich nur die Zahl 17000 bekannt. Andere offizielle Zahlen aus Hannover lassen den Schluß zu, daß es nicht mehr als 14500 sein können. Die nds. Verkehrsministerin nannte neulich als Untergrenze die Zahl 15000. In einem im Februar d. J. vorgelegtem Anschlußgutachten errechnete das Verkehrsplanungsbüro Hunsdörfer, die Belastung der A 33 werde 1999 nur bei 6000 Kfz/Tag liegen. Trotzdem, die Bagger rollen!

Lärmschutz an der B 51

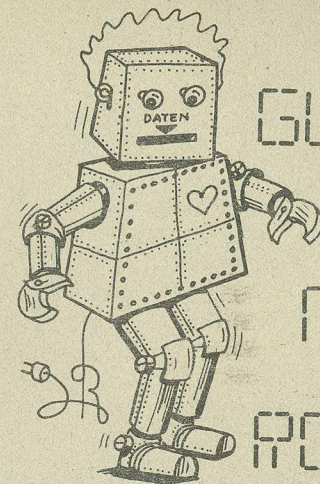
Nachdem der Bau der neuen Umgehungsstraße B 51 vom Bund in der Dringlichkeit herabgestuft worden war, hat sich die UWG mehrfach dafür eingesetzt, Lärmschutzmaßnahmen, die die direkt an der B 51 liegenden Anwohner durchführen, mit insgesamt 100.000 DM zu bezuschussen. Diese Initiative ging aus einem Bürgergespräch hervor, das die UWG im Sommer 1982 mit Anliegern der jetzigen B 51, Mitgliedern der Bürgerinitiative gegen die B 51 - Verlegung, Herrn Hyllus vom Straßenbauamt und Herrn Becker von der Stadtverwaltung geführt hatte. Der Bund, der eigentlich zu Lärmschutzmaßnahmen verpflichtet ist, konnte sich aus der Verantwortung ziehen, da nach Absenkung der Geschwindigkeitsbeschränkung von 70 auf 50 Km/h die erforderliche Phonzahl (rechnerisch) nicht mehr erreicht wird. Der UWG - Vorschlag wurde im Planungsausschuß von der Mehrheit abgelehnt.

A33

Jahrelang wird dem Bürger eingeredet, daß die A 33 kommt. Die Bürger können nichts mehr machen. Diese Phrasen haben die Bürger anscheinend eingeschüchtert. Die Möglichkeit, sich eine eigene Meinung zu bilden, wurde zum größten Teil versäumt, denn: "Die da oben wissen schon was gut für uns ist". Die etablierten Politiker haben somit ihren Idealtyp von Bürger herangezogen. Dieser Idealtyp wird dann alle vier bis fünf Jahre als Stimmgabel mißbraucht, oder anders, er läßt sich mißbrauchen. Warum sollten also die etablierten Politiker, vor allem der CDU ein Interesse daran haben, daß ihre Wähler mündig oder kritisch werden? Warum sollten sie ihre Wähler über die A 33 aufklären? Warum sollten Alternativmöglichkeiten zur A 33, wie Umgehungsstraßen in Verbindung mit dem Ausbau der B 68 mit dem Bürger diskutiert werden? Es könnte ja sein, daß sich die Wähler der CDU eine andere Meinung bilden und dann vielleicht gegen die A 33 sein könnten. Nein, das kann nicht das Ziel von "vernünftiger" und in die "Zukunft" schauender Politik sein! Die etablierten Politiker denken, sie machen als "Volks"vertreter verantwortungsbewußte Politik und sie wissen, was gut für den Bürger sei. Aber wodurch kommen sie zu dieser Einsicht?

Ist es ihre eigene Meinung oder eher die der Lobby von Industrie und Wirtschaft? Denn gerade diese Lobby hat ein Interesse daran, daß die A 33 gebaut wird. Sie bekommen Aufträge in Millionenhöhe und fragen dabei nicht danach, ob die A 33 überhaupt sinnvoll ist. Es ist also nicht verwunderlich, daß aus den "Volks"vertretern schnell Industrie- und Wirtschaftsvertreter geworden sind. Ein großer Teil der Wähler dürfte sich somit nicht vertreten fühlen. Doch ich glaube, schöne Worte allein bewegen keinen CDU - Wähler zu einem anderen Verhalten. Anscheinend muß erst die A 33 gebaut werden, um die Veränderung und Zerstörung unserer Heimat allen Bürgern vor Augen zu führen. Aber bitte, es soll niemand nachher sagen, er hätte nichts gewußt. Dies ist schon oft genug gesagt worden.

Hans-Jürgen Heggemann



Der Mann mit der Krawatte dort ist mein Chef. Wir beiden sind die Belegschaft einer Firma. Uns geht's gut, wir machen Gewinn! Die Leute da draussen? ...Ach, das war die frühere Belegschaft. Sie waren zu teuer, dafür hat die SPD gesorgt. Sie sind jetzt arbeitslos. Mit dem Geld, das er durch ihrer Entlassung gespart hat, hat mein Chef investiert. Er hat auf Blüm gehört und mich und ein schönes Ferienhaus angeschafft. Seitdem geht's uns blendend und unsere Firma ist gesund. Was wir mit unseren "Gewinnen" machen? Ach, mein Chef möchte die Arbeitslosen wohl wieder einstellen. Aber leider hat er ja für sie keine Arbeit...denn die mache ich!

René Krekelaar

Projekttag '83 am Gymnasium Oesede

Es war schon überraschend, was die Schüler in nur zwei Tagen in Sachen "Mensch und Natur" auf die Beine gestellt haben. Von einer detaillierten Sammlung und Information einheimischer bedrohter Vogelarten, dem Projekt gegen das Robbenschlachten in Kanada oder die Wasseranalysen und Lebewesensammlung aus der Düte. Über das Problem des sauren Regens und des Waldsterbens wurde ebenso berichtet wie über eine Fragebogenaktion in Oesede-Dröper zum Thema: "Umweltverhalten der Bürger".

Rohkostsalate aus hoffentlich ungespritzten Anbaugeländen kontrastierten zu den Kühlschränken, Autositzen, Bierdosen und anderem Unrat aus unseren Wäldern, der gleich Containerweise gesammelt und präsentiert wurde.

Ein Kunstkurs forderte zum Betreten eines "Naturmuseums" auf, das nur in steriler Kleidung zu betreten war, damit Kostbarkeiten wie Erde und Wasser jedenfalls noch gefühlt und betastet werden konnten. Anweisungen kamen über einen Computer, da die Luft für jeden Besucher nur begrenzt zur Verfügung stand.

Aktionen und Bewußtsein nur für einen Nachmittag? Ich hoffe, bei den Eltern und Schülern ist mehr hängengeblieben. Leider war dieses Projekt in der Öffentlichkeit nicht publiziert und bekanntgemacht worden. Die Mühe und Arbeit sowie der persönliche Einsatz der Schüler hätten mehr Interesse und Zuschauer verdient gehabt.

Am nächsten Tag landete alles schnell in den Müllcontainer; in der dritten Stunde hatte uns der Alltag wieder...es gab Zeugnisse.

Dieter Görbing

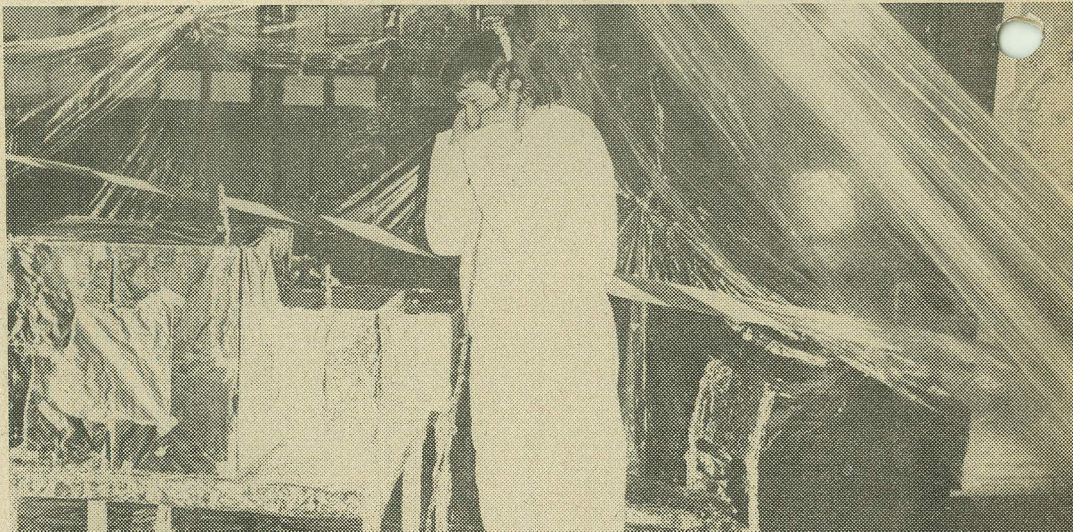


Foto: Engelbrecht

Aus den Ausschüssen

1. Verwaltungsausschuß (VA)
Der VA tagt (leider) immer nichtöffentlich, also psst...

2. Planungsausschuß
Derzeit wird insbesondere die Realisierung bzw. Änderung der Bebauungspläne "Teckelhagen", "Hohe Linde", "Menkhausfeld-Kuckmeyer", "Im Patkengarten", "Im Brooke" und das Ausbaukonzept des Einmündungsbereiches Hindenburgstraße/Findelstätte beraten. In den nicht-öffentlichen Sitzungen geht es häufig um Bauvoranfragen.

3. Bauausschuß
Hier geht es augenblicklich um eine Verdoppelung des Erschließungsbeitrages von 250 auf 500 DM; die Erhöhung der Entwässerungsabgaben (Schmutz- und Regenwasserkanal), dem

Rad/Fußweg vom Esch zu einer möglichen Annel bei Aldi/Dütmann, einem Fußweg entlang des Oeseder Baches, die Verkehrsberuhigung Sutfeld und um einen Nachtragshaushaltsplan, der eine Mehrausgabe von 750.000 DM über den noch nicht genehmigten 83'er Haushalt hinaus vorsieht.

4. Kulturausschuß
Der Stadt liegt ein "vorläufiges Verzeichnis der Baudenkmäler" vor, welches von der Landesdenkmalpflege erarbeitet worden ist. Georgsmarienhütte kann hier Empfehlungen aussprechen, welche Gebäude als schutzwürdig erachtet werden sollen und welche nicht. Weiterhin wird darüber gesprochen, Zuschüsse im kulturellen Bereich (Veranstaltungen, Jubiläen, Ehrungen) drastisch zu kürzen.



GESCHLAFEN?

Ratsherr Lunte schrieb im November 1982 in "Stadt im Werden"

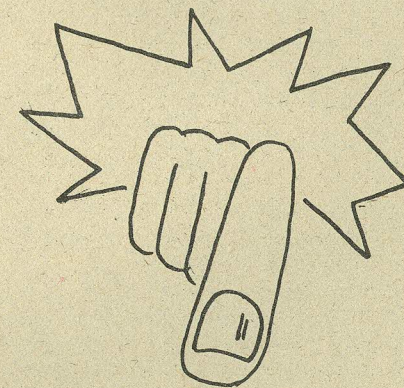
1. Die UWG habe bisher keinerlei Engagement in Sachen Verkehrsberuhigung gezeigt. Allein fünfmal sind Aktivitäten der UWG in diesem Bereich protokollarisch festgehalten (Im Loh, Laubbrink, Friesenweg, Wellendorfer Str., Oeseder Str., Kiewittsheide). Im Frühjahr 1982 ist der UWG-Antrag abgelehnt worden, neben den beiden bestehenden weitere Bürgerausschüsse damit zu beauftragen, für ihren Wohnbereich ein Verkehrsberuhigungskonzept aufzustellen.

2. sei die UWG Zentralisierungsbestrebungen bisher nicht entgegengetreten. Ich habe persönlich Bedenken geäußert gegen das Geschäftshaus Krümpelmann, gegen die Bebauung am Holzhauser Hof und die UWG hat sich gegen den Geschäftskomplex im Alt-G. M. Hütter Steinbruch ausgesprochen. Die Überlegungen hinsichtlich unseres Vorschlages "Verwaltungsnebenstellen" sind noch im Schwange. Die Wahlperiode befindet sich noch in ihrem ersten Drittel und auch die CDU hat bisher noch nicht ihr Verprechen eingelöst, die Grenzen zwischen Natur und Bebauung abschließend festzulegen.

3. das Verhalten der UWG bei der Entscheidung zum Geschäftshaus Krümpelmann stelle die Frage nach der Verbindlichkeit von Aussagen der UWG gegenüber Bürgern. Was Herr Lunte hier zu wissen glaubt, beruht auf einem Hörfehler, der ihm in einer Oeseder Gaststätte unterlaufen ist. Die UWG-Vertreter waren hier zwar nicht einer Meinung, aber niemand von uns hat zu irgendeiner Zeit irgendjemandem versprochen, daß wir uns für den Bau des Hauses in der Schoonebeekstraße einsetzen würden. Herr Lunte sollte sich hier lieber hinsichtlich des Grundstückspreises an die eigene Nase fassen.

4. die Haltung der UWG zum Radweg Kloster-Oesede - Oesede sei nicht mehr klar. Herr Lunte weiß aber genau, daß dies nicht stimmt. Wenn die UWG in der Vorwahlzeit nicht so intensiv auf den Baubeginn gedrungen hätte, wären wir sicher noch nicht so weit, wie wir heute sind. In einer ganz anderen Angelegenheit hätte Herr Lunte Grund, den Ratsherrn Bartelt zu kritisieren: Weil ich aus Unkenntnis über den Preisspiegel einem überhöhtem Grundstückspreis zugestimmt habe. Ich habe dies bereits mehrfach öffentlich bedauert, und Herr Lunte kann gewiß sein, daß wir unsere Augen in Zukunft noch offener halten.

Heinrich Bartelt



Übrigens ...

Die Initiative "Atomwaffenfreies Georgsmarienhütte", deren Ziel die UWG unterstützt, ruft auf zur Teilnahme am

1. Georgsmarienhütter Ostermarsch am Sonntag, dem 3. 4. 1983

Für die Vernichtung aller Atomwaffen und aller anderen Massenvernichtungsmittel in West und Ost!





NATURSPINNER & ÖKOFREAKS

Vor ungefähr einem Jahr hat der Deutsche Bund für Vogelschutz, Kreisgruppe Osna-brück e.V. damit begonnen, durch eine Arbeitsgruppe Georgsmarienhütte dem Mauerblümchen - Dasein des Natur- und Umweltschutzes in der Stadt ein Ende zu setzen. Dabei war die erste Aufgabe, die es zu lösen galt, die Klarstellung, daß der DBV kein Verein von Piepmatz-Ideologen, sondern ein Verband für Natur- und Umweltschutz (mit inzwischen 120 000 Mitgliedern) ist.

Die eigentliche Arbeit begann im Frühjahr 1982 mit einem Krötenfangzaun am Barding-haushof; dort wurden alljährlich zur Zeit der Laichwanderung massenhaft Amphibien überfahren. Kröten und Molche kennen keine Straßenverkehrsordnung - sie haben Gewohnheitsrecht. Um das Massaker zu beenden, wurden Fangzäune aufgestellt und die Tiere unversehrt auf die andere Straßenseite gebracht. Was uns zu dieser Aktion bewogen hat? Sicher nicht das Ansinnen, dem vom Aussterben bedrohten Weißstorch genügend Nahrung zu sichern, wie ein Ratsherr uns prompt weismachen wollte. Für unsere Arbeit gibt es weitaus mehr und tiefgründigere Argumente; und sei es nur Ethik und Ästhetik.

Doch was nutzt der Schutz bedrohter Tiere und Pflanzen, wenn ihre Lebensräume zerstört werden? Artenschutz setzt umfassenden Biotopschutz voraus, womit wir beim nächsten Punkt unserer Arbeit wären.

Durch eine Biotopkartierung bemühen wir uns, die noch verbliebenen Reste von natürlichen und naturnahen Lebensräumen zu erfassen und ihre Unterschutzstellung zu bewirken. Ob dieser Weg letztlich zum Erfolg führt, wird das Jahr 1983 zeigen. Der Stadtrat ist gehalten, Farbe zu bekennen, was er unter "Stadt im Grünen" versteht. Parklandschaften gibt es

genug, Baumanpflanzungen an neuen Straßen sind begrüßenswert - aber was ist mit den selten gewordenen Biotopen, die Georgsmarienhütte zum Glück noch aufzuweisen hat? Grün ist nicht gleich Grün!

An dieser Stelle ist leider nicht genügend Raum, um die Problematik des Natur- und Umweltschutzes eingehender darzustellen. Uns erscheint es unerläßlich, die Menschen endlich aus ihren Träumen von Wachstum und Wohlstand wachzurütteln. Es muß ihnen vor Augen gestellt werden, wie die brutale Wirklichkeit um Umwelt, Natur und Mensch aussieht. Denn Natur- und Umweltschutz darf nicht länger eine Sache von wenigen Naturspinnern und Ökofreaks sein - es geht jeden einzelnen an! Wenn die Menschen nicht jetzt anfangen zu handeln, ist es zu spät. Dann sägen wir selbst den Ast ab, auf dem wir sitzen.

Wer jetzt erschrocken ist und ein schlechtes Gewissen bekommen hat, kann sich zwecks weiterer Informationen an untenstehende Adresse wenden. Wer sich für Natur und Umwelt engagieren will, braucht kein Spezialist zu sein. Jeder kann etwas tun - sofort!

Adresse: Armin Götte
Windchenbrinkbach 3
4504 Georgsmarienhütte

